

NAIS – Neues Altern in der Stadt

Ein Pilotprojekt zur Neuorientierung der kommunalen Seniorenpolitik

Präambel:

Das Projekt NAIS - Neues Altern in der Stadt ist ein Vertiefungsschwerpunkt innerhalb des Projektes Aktion Demographischer Wandel. Es stellt gleichzeitig eine Weiterentwicklung des Projektes „Leben und Wohnen im Alter“ dar, das bereits erfolgreich von der Bertelsmann Stiftung durchgeführt wurde. Des Weiteren wurden Ergebnisse der laufenden Projektarbeit der Expertenkommission „Ziele in der Altenpolitik“ der Bertelsmann Stiftung in der Projektkonzeption berücksichtigt.

Projekthintergrund:

Kommunale Seniorenpolitik fristet in der kommunalen Wirklichkeit ein Schattendasein als mehr oder minder bedeutsamer Teil kommunaler Sozialpolitik. Anders als etwa in der Kinder- und Jugendpolitik gibt es keinen klar und verbindlich formulierten gesetzlichen Rahmen. Grundlage für das kommunale Handeln bildet zum einen die Verpflichtung der Kommunen zur Daseinsvorsorge wie sie im Grundgesetz Artikel 28 formuliert ist und zum anderen die Interpretationen der verschiedenen Sozialgesetze (z. B. §§ 17 SGB I, 95 SGB X usw.), die Kommunen zur Bereithaltung der notwendigen Dienstleistungen verpflichten.

Im Kontext der gravierenden Problemstellungen, die sich aus der demographischen Entwicklung ergeben, insbesondere der Veränderung der Altersstruktur, die durch Veränderungsprozesse in der Sozialstruktur wie etwa die zunehmende Singularisierung verstärkt werden, muss die kommunale Seniorenpolitik qualitativ aufgewertet und als eigenständiges Politikfeld etabliert werden.

Eine zukunftsorientierte kommunale Seniorenpolitik und Seniorenarbeit ist als integrierte Querschnittsaufgabe zu verstehen, die alle relevanten Politikfelder einschließt und Planungs- und Steuerungsprozesse unter Beteiligung der maßgeblichen örtlichen Akteure (politische Entscheidungsträger, Mitarbeiter der Verwaltung, Vertreter der Leistungs- und Kostenträger, der örtlichen Wirtschaft, der Vereine und Verbände sowie interessierte Bürger) initiiert, organisiert, moderiert und koordiniert.

Derzeit fehlt es in den meisten Kommunen an einer integrierten Altenplanung, die an den Lebenslagen, Lebenswelten und Lebensstilen der älteren Bevölkerung ausgerichtet ist.

Vielerorts ist die politische Diskussion durch einseitig negativ geprägte Altersbilder bestimmt sowie ausschließlich an vermeintlichen Belastungen orientiert, die durch einen wachsenden Anteil älterer Menschen entstehen.

Die Potentiale und Ressourcen über die viele ältere Menschen verfügen, werden dagegen nur unzureichend thematisiert und angesprochen. Eine Orientierung an diesen Werten ist für den Bestand und die Weiterentwicklung des sozialen Miteinander überaus bedeutsam, denn viele ältere Menschen suchen nach aktiven und produktiven Rollen im Gemeinwesen.

Kommunale Seniorenpolitik sollte somit zwei Perspektiven haben:

- eine primär sozialpolitische Perspektive, die Sicherheits- und Schutzfunktion der Kommunen bei besonderen Bedarfen wie etwa Krankheit, Hilfs- und Pflegebedürftigkeit beinhaltet und
- eine Perspektive, die auf die Förderung der Selbstbestimmung, den Erhalt der Selbstständigkeit sowie die Selbst- und Mitverantwortung älterer Menschen zielt.

Problemlösungsrahmen und Zielsetzung:

Die Kommune ist der Ort, wo sich zeigt, inwieweit die Angebote des Altenhilfe-, Gesundheits- und Pflegesystems bedürfnis- und bedarfsgerecht sowie wirkungsorientiert und zukunftssicher ausgerichtet sind. Aufgrund der vielschichtigen Problemstellungen mit Blick auf den demographischen und sozialstrukturellen Wandel sind aus Sicht der Bertelsmann Stiftung der Auf- und Ausbau neuer gemeinwesenorientierter Ansätze sowie strukturell verankerter Kooperationsstrukturen zwischen professionellen und bürgerschaftlichen Leistungen notwendig, damit die Lebensqualität der Bürger langfristig gesichert werden kann. Die Erhaltung und der Ausbau des sozialen Gemeinwesens und des sozialen Zusammenhalts sind nur durch eine aktive Selbst- und Mitverantwortung der Bürgerinnen und Bürger langfristig zu gewährleisten.

Ziele des Projektes sind:

- Transparenz über die demographische Entwicklung erhöhen und die Bevölkerung zu sensibilisieren;
- demographisch verantwortungsvolle Politik realisieren;
- Planungskompetenzen der Kommunen erhöhen;
- kommunale Seniorenpolitik aufwerten;
- Leitbild entwickeln und vermitteln;
- Ältere an Planungsprozessen beteiligen;
- Orientierung an Chancen, Potentialen, Bedürfnissen und Lebensstilen;
- bürgerschaftliches Engagement stärken;
- Selbst-, Familien- und Nachbarschaftshilfe fördern;
- generationsübergreifende Formen der Versorgung fördern;
- Gesundheitsförderung, Prävention und Rehabilitation verbessern;
- Fortsetzung der Prozesse über das Projektende hinaus;
- inter- und intrakommunale Zusammenarbeit fördern;
- Transfer in die Fläche.

Projektdurchführung:

Die Bertelsmann Stiftung führt gemeinsam mit sechs Kommunen (Pilotkommunen: Altena, Bruchsal, Eschwege, Glauchau, Hamm und Stuhr) eine Analyse-, Aktions- und Abschlussphase durch, die durch die Bertelsmann Stiftung im Prozess begleitet,

gesteuert und evaluiert werden. Alle Projektphasen werden durch eine interdisziplinär zusammengesetzte beratende Steuerungsgruppe begleitet.

Die Kommunen stellen für die Projektdurchführung Personalkapazitäten zur Verfügung (0,5 Personalstelle) und gewinnen zusätzlich einen ehrenamtlichen Mitarbeiter. Diese bilden gemeinsam das örtliche Projektteam („Tandem“), das alle kommunalen Projektaktivitäten vorbereitet, koordiniert und umsetzt. Die Tandems werden im Verlauf des Projektes kontinuierlich qualifiziert und weitergebildet. Für den interkommunalen Austausch der Pilotkommunen zu verschiedenen Themen und Schwerpunkten sind mehrere Treffen geplant.

In jeder Pilotkommune wurde zu Beginn des Projektes ein „Initiativkreis NAIS“ gegründet. Für diesen Kreis sollen die relevanten örtlichen Akteure (Vertreter aus der Kommunalpolitik, Mitarbeiter verschiedener Ressorts der Verwaltung, örtliche Anbieter der Altenhilfe, gemeinnützige und gewerbliche Dienstleister und Träger, Wohlfahrtsverbände, Kirchen und Religionsgemeinschaften, Krankenkassen, Vereine und Initiativen, Vertreter der örtlichen Wirtschaft, der Gesundheitsberufe, der Vereine und interessierte Bürgerinnen und Bürger) gewonnen werden.

Der Initiativkreis NAIS ist in allen Phasen des Projektes aktiv beteiligt und soll die Kompetenzen der relevanten Akteure einbringen, die individuellen kommunalen Bedürfnisse berücksichtigen und die Nachhaltigkeit sichern. Durch diese frühzeitige und umfassende Beteiligung können die Ergebnisse der Analyse- und Zielfindungsphase verbessert sowie bedürfnis- und wirkungsorientierte Angebote und Konzepte entwickelt und in der Aktionsphase umgesetzt werden. Des Weiteren wird durch dieses partizipative Vorgehen die Akzeptanz und öffentliche Wahrnehmung des Projektes unterstützt.

Die bis Ende 2006 dauernde **Analysephase** enthält eine Bestandsaufnahme der seniorenrelevanten Daten sowie die Sichtung und Priorisierung der jeweiligen kommunalen Problemlagen. Sie basiert u. a. auf einem von der Forschungsgesellschaft für Gerontologie e. V. in Dortmund und von der Universität Heidelberg für dieses Projekt entwickelten Instrumentarium (EIS – Evidenzbasiertes Instrumentarium zur Bestandsaufnahme seniorenrelevanter Planungsdaten). Dieses Instrumentarium versetzt die Kommunen in die Lage, vorhandene Daten zu analysieren und weitere notwendige Daten zu generieren, um die spezifischen Probleme der kommunalen Seniorenpolitik transparent zu machen. Ziel dieses Instrumentariums ist die Verbesserung der Datengrundlagen für kommunale Planungsprozesse. EIS wird in den Pilotkommunen erprobt und angepasst.

In der Analysephase kommen auch verschiedene partizipative Methoden zur Anwendung, mit denen die Kommunen ihre individuellen kurz-, mittel- und langfristigen Ziele kommunaler Seniorenpolitik und -arbeit ermitteln. Hierbei reicht die zeitliche Perspektive von der Gegenwart bis in das Jahr 2020.

Am Beginn dieser Phase steht ein Leitbildprozess, wofür ein Leitfaden entwickelt wurde. Die bis dahin ermittelten Daten fließen in den Zielfindungsprozess ein, so werden z. B. mit der Szenariomethode verschiedene Perspektiven aufgezeigt. Am Ende dieser Phase sollen realistische Ziele mit unterschiedlicher Priorität vorliegen. Diese Zielsetzungen sollen der breiten Öffentlichkeit (z. B. in Bürgerforen, Stadtteilkonferenzen usw.) und den kommunalpolitischen Gremien präsentiert werden.

Aus der Analysephase resultieren für die Kommunen einige Vorteile. So sind durch die Arbeit der Initiativkreise und Bürgerversammlungen ein verstärktes Bürgerengagement, Beiträge für die Stadtteilentwicklung sowie ein Imagegewinn zu erwarten, die die Attraktivität der Kommune für Neubürger und Industrieansiedlungen erhöhen kann.

In der **Aktionsphase** sollen in 2007 Konzepte für Projekte in den verschiedenen Handlungsfeldern (z. B. bürgerschaftliches Engagement, Versorgungsstrukturen, Planungs- und Steuerungsprozesse) entwickelt und umgesetzt werden. Hierzu stellt die Bertelsmann Stiftung unterstützt durch externe Experten erprobte Methoden und Konzepte (z. B. Gemeinssinnwerkstatt) zur Verfügung und qualifiziert die örtlichen Akteure.

Über die gesamte Laufzeit werden die Prozesse und die Zielerreichung des Projektes von einem externen Institut evaluiert.

In der **Abschlussphase** werden die einzelnen Projektphasen, das evidenzbasierte Instrumentarium zur Bestandsaufnahme seniorenrelevanter Planungsdaten (EIS), die angewandten Methoden, die entwickelten Konzepte und die umgesetzten Projekte sowie die Evaluationsergebnisse in einem Handbuch zusammengefasst und veröffentlicht. Der Transfer in andere Kommunen ist vom Kommunalen Kompetenz Zentrum der Bertelsmann Stiftung geplant. Um diesen Prozess zu nachhaltig unterstützen wurden frühzeitig wichtige Kooperationspartner in die Projektarbeit eingebunden.

Abschluss des Projektes bildet eine Veranstaltung, auf der die Projektergebnisse Ende 2007 der Öffentlichkeit präsentiert werden.

Vorteile des Projektes für die Kommunen

Durch die Beteiligung der Kommunen an unserem Projekt erhalten die Kommunen wissenschaftliche Expertise und individuell maßgeschneiderte Konzepte, die die Chancen einer zukunftsorientierten kommunalen Seniorenpolitik erhöht.

Hierdurch sollen die Zukunftsfähigkeit der Kommunen und die Lebensqualität in den Kommunen steigen.